

Heute, 3. April 2014, 09:10

Hanfbüchlein-Rechnung

# Marihuana als Goldgrube für Schweizer Bauern

Davide Scruzzi Heute, 3. April 2014, 09:10



Frankreich will ein Derivat von Cannabis für medizinische Zwecke zulassen. (Bild: Imago)

Die Debatte um eine versuchsweise Cannabis-Regulierung in den Städten geht weiter. Doch wer soll das Kraut dazu anbauen? Ein Drogenexperte erläutert in einem Interview die Chancen für Schweizer Bauern.

Allen voran in Genf, aber auch in Zürich, Basel sowie Bern laufen Überlegungen, den Handel und den Konsum von Cannabis zumindest versuchsweise zu regulieren, trotz dem weiterhin geltenden Verbot auf Bundesebene. Ähnlich wie bei der letzten dieser Debatten zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts sind plötzlich auch die Schweizer Bauern im Rampenlicht. Denn wer, wenn nicht dieser Berufsstand, ist prädestiniert für den Anbau des Krauts? Drogenexperte und Agronom Thomas Kessler rechnet der Branche nun im Fachblatt «Schweizer Bauer» die genauen Verdienstmöglichkeiten vor. Die Hanfbüchlein-Rechnung geht wie folgt: 1 Are Land = 20 Kilogramm reines Hanfkraut; 1 Gramm reines Hanfkraut = 1 Franken. Maximale Anbaufläche pro Bauer: 2 Aren Land. Gibt total: 40 000 Franken im Jahr. Insgesamt ortet Kessler einen Milliardenmarkt.

## Staat soll grossen Profit haben

Wie bei Milch und Äpfeln sind es aber nicht die Bauern, die das grösste Geschäft machen. Denn die Hanfbüchlein-Rechnung geht noch weiter: Der Endpreis würde nämlich laut Kessler bei 10 Franken pro Gramm liegen. Nur ein Zehntel ginge an die Landwirte, ein Zehntel an Handel und Gewerbe, weitere zehn Prozent an Forschung und Prävention. Der grösste Profiteur soll auch bei diesem Deal, wie bei allen legalen

Suchtmitteln, der Staat sein: 60 Prozent des Verkaufspreises sollen über die Mehrwertsteuer und eine Abgabe zu Gunsten der AHV an den Bund gehen.

## **Rettung für das Berggebiet?**

Kessler sieht vor allem Landwirte in den Bergzonen III und IV als ideale legale Hanfbauern. Schliesslich ist die Hanfpflanze robust und hat just im Berggebiet eine lange Tradition. Am Schluss wäre sogar die Produktion von Biohanf eine Option. Ein weiterer Vorteil: Die Hanffelder müssen gut gesichert und kontrolliert sein. Dies gelinge in abgelegenen Landesteilen besser als in urbanisierten Gebieten, so Kessler.

Bereits haben führende Landwirtschaftsvertreter Interesse an einem solchen Modell signalisiert. Andere, etwa der Bündner Bauernpräsident Hansjörg Hassler, befürchten Imageprobleme. Doch Kessler beruhigt: Die moralische Problematik beim Hanf sei ungefähr gleich gering wie beim Weinbau.

## **Kampagne der Befürworter**

Lange schien die Diskussion über die Hanf-Liberalisierung hierzulande wie eingeschlafen zu sein. Doch Schritte in Richtung Liberalisierung in anderen Ländern haben den Cannabis-Befürwortern Auftrieb verliehen. In den letzten Monaten haben sich Berichte und Medienkonferenzen zum Thema gehäuft, nicht nur von den Städten selbst. In Genf treibt etwa ein überparteiliches Komitee die versuchsweise Einführung von Vereinigungen voran, die erwachsenen Mitgliedern kontrolliert Cannabis abgeben sollen.

In der kommenden Woche wird die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS-CPA) eine Analyse zum Handel mit psychoaktiven Substanzen vorlegen. Die Stossrichtung ist bereits an der Einladung zur Medienkonferenz abzulesen: Durch die heutige Illegalität verlagere sich der Handel nur auf den Schwarzmarkt; das habe negative Folgen sowohl für Konsumierende wie auch für die Gesellschaft, schreibt die NAS-CPA.

## **Wird es gelingen?**

Doch die verschiedenen Stellungnahmen der Drogenexperten für eine Regulierung des Cannabismarkts sind ein trügerischer Indikator für die tatsächlichen politischen Verhältnisse. Auch schon vor über zehn Jahren, bei der letzten grossen Hanfdebatte, sprachen sich die Fachleute für eine Legalisierung des Kiffens aus. Doch jene Bemühungen versandeten zuerst in den parlamentarischen Beratungen und schliesslich an der Urne: Die Hanfinitiative wurde 2008 vom Volk mit 63,2 Prozent Nein-Stimmen klar abgelehnt. Verschiedene Drogenexperten räumen denn ein, dass die politischen Vorzeichen für eine Liberalisierung weiterhin schlecht seien.

Es ist also kein Zufall, dass die Städte darauf zielen, durch eine Lücke im bestehenden Betäubungsmittelgesetz vom Bund eine Erlaubnis für eine versuchsweise Hanfabgabe zu erhalten, ähnlich wie die ersten Versuche mit der Heroinabgabe an Schwerstsuchtige. Die Chancen auf eine solche Bewilligung stehen so gut wie noch lange nicht mehr, hat doch Bundesrat Alain Berset (sp.) als Gesundheitsminister ein gewisses Interesse dafür gezeigt.

## MEHR ZUM THEMA

---

**Kommentar**

### **Städtische Cannabis-Guerilla**

Mittwoch, 19. Februar

**Mehr Bussen**

### **Neues Vorgehen gegen Kiffer**

7. November 2013, 09:00

**Genf**

### **Mittelpunkt der neuen Cannabis-Politik**

Mittwoch, 19. Februar, 05:30

**Renaissance einer Debatte**

### **Diskussion über Regulierung von Cannabis**

Dienstag, 25. März, 17:01

---

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.